

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Jahresreport des Weltwirtschaftsforums

Seit dem Jahr 2005 erscheint einmal jährlich der vom Schweizer Weltwirtschaftsforum (WEF) veröffentlichte Report über die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die darin enthaltene Rangfolge ergibt sich aus der Beurteilung von „12 Säulen der Wettbewerbsfähigkeit“, die höchst unterschiedliche Faktoren, wie zum Beispiel *Qualität der staatlichen Institutionen, Infrastruktur, Sicherheit, Ausbildung und Qualifikation der Arbeitskräfte, Arbeitsmarkteffizienz* und *Innovationskraft* umfasst.

Selbstverständlich sind derartige Untersuchungen, gleich ob sie vom WEF, der amerikanischen Heritage Foundation („Index of Economic Freedom“) oder von anderen Organisationen durchgeführt werden, stets mit Vorsicht zu genießen. Denn allein die Auswahl der zu untersuchenden Parameter, deren Gewichtung und Art der Bewertung, hat maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis. Außerdem liegt auf der Hand, daß die Beurteilung von Aggregaten Schlüsse nahelegen kann, die für den einzelnen Wirtschaftsakteur völlig irrelevant sind. Dessen eingedenk, sind Untersuchungen wie die vorliegende, dennoch recht interessant.

Stark vereinfacht, kann die Bilanz des Reports, der weltweit 144 Ökonomien einbezieht, so zusammengefasst werden: Je liberaler, desto besser; Je unfreier, stärker reguliert und/oder sozialistischer, desto schlechter das Ergebnis.

Sechs Europäische Staaten finden sich unter den Top Ten. Die Rückstufung Deutschlands um einen Platz (von vier auf fünf), ist hauptsächlich dem Faktor *Infrastruktur* geschuldet. Im Klartext: die überstürzt eingeleitete, nachgerade autodestruktive „*Energiewende*“ hat eben ihren Preis. Österreich verliert gegenüber der Vorjahrswertung wesentlich deutlicher und fällt von Rang 16 auf Rang 21 zurück. Aus der vom inzwischen zurückgetretenen Vizekanzler Spindelegger vor der letzten Wahl zum Nationalrat proklamierten „*Entfesselung der Wirtschaft*“ ist offensichtlich nichts geworden.

Die Schweiz ist seit mehreren Jahren unangefochtener Spitzenreiter im Wettbewerbsindex, gefolgt vom Fernost-Stadtstaat Singapur und den gegenüber dem Vorjahr wieder erhaltenen USA auf Rang drei. Eine Mitgliedschaft in EU und Eurozone, die von Politik und deren Herolden in den Massenmedien als unverzichtbar für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit gepriesen wird, ist, wie die Schweiz eindrucksvoll beweist, offensichtlich keine zwingende Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Dafür braucht es nämlich nur *zwei* Zutaten: Offene Grenzen für Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen zum einen und Regierungen, die sich von wirtschaftlichen Angelegenheiten möglichst weit fernhalten, zum anderen.

Bei einer Betrachtung der einzelnen „*Säulen der Wettbewerbsfähigkeit*“ fällt – am Beispiel Österreichs - ins Auge, wie stark das wirtschaftliche Potential durch den Staat und dessen Institutionen beschädigt werden kann. Während das Land bei vom Privatsektor zu verantwortenden Parametern, wie wirtschaftlicher Innovationskraft oder Diversifikation durchaus positiv herausragt (Rang sieben, bzw. 14), rangiert es in den Kategorien Verschwendung von Staatsgeldern (Rang 53) Last staatlicher Regulierungen (Rang 83) bürokratischer Aufwand zum Start eines Unternehmens (Rang 93) Flexibilität des Arbeitsmarktes (Rang 101), Beeinflussung der Arbeitsbereitschaft durch Besteuerung (Rang 121) und Lohnflexibilität (Rang 142) zum Teil außerordentlich weit zurück. Mit den letztgenannten Placierungen findet sich die Alpenrepublik – für den kundigen Beobachter wenig überraschend – in der erstbesten Gesellschaft korrupter lateinamerikanischer Bananenrepubliken und finsterner afroasiatischer Despotien. Fortgesetzte Eingriffe des Staates in den (Arbeits-)Markt und die systematische Ausschaltung der Vertragsfreiheit zugunsten hoheitlicher Diktate, sind, im Verein mit hohen Steuerlasten, Gift für die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts. Menschen, die ihr Wirtschaftswissen (auch) aus einer erfolgreichen Tätigkeit unter Marktbedingungen und nicht von der geschützten Werkstätte aus ausschließlich aus der Literatur beziehen, verwundert das nicht.

Den gesamten Report, sowie Auszüge davon sind unter der Adresse: <http://www.weforum.org/> kostenlos herunterzuladen.

Eine Interpretation des Reports zur wirtschaftlichen Lage in Europa: Frankreich (auf Rang 23), Spanien (Rang 35), Italien (Rang 49) und Griechenland (Rang 81) finden nicht aus der Krise. Hauptgrund: In diesen Ländern wird zu teuer produziert. Alle diese Volkswirtschaften sind zu ihrem eigenen Unglück - und zum Schaden Deutschlands - im Käfig der Gemeinschaftswährung gefangen, der es ihnen unmöglich macht, durch eine Währungsabwertung ihre Konkurrenzfähigkeit zurückzuerlangen. Um dieses Ziel jedoch *innerhalb* der Eurozone zu erreichen, müssten die Löhne und Warenpreise dort drastisch sinken. Es müsste also zu einer „*inneren Abwertung*“ kommen. Ein Szenario, das keine der Regierungen dieser für das alte Europa typischen Wohlfahrts- und Tranferzahlungsbiotope überstehen würde. Einen anderen Weg gibt es indes nicht, will man nicht auf Dauer von den ungeliebten Teutonen alimentiert und diesen damit auf Gedeih und Verderb

ausgeliefert sein. Schließlich wird auch in Deutschland nur mit Wasser gekocht. Kann diese letzte (noch) einigermaßen funktionierende Volkswirtschaft Europas die ihr aufgebürdeten Lasten nicht mehr länger tragen – was absehbar ist - gehen auch bei den „Südstaaten“ endgültig die Lichter aus. Deren politische Eliten sind daher gut beraten, die Ursachen ihrer hausgemachten Probleme nicht unausgesetzt in Berlin zu suchen.

Gegen eine Korrektur der bestehenden ökonomischen Verzerrungen mittels einer scharfen Rezession steht indes der von der mehrheitlich links stehenden Zunft der beamteten Ökonomen geforderte und von den politischen Eliten und Zentralbanken entschlossen exekutierte *Krieg gegen das Deflationsmonster*. Dieser wird mittels „aktiver“ Geldpolitik geführt, die auf Geldentwertung einerseits und einen gewaltigen Vermögenstransfer andererseits setzt – zum Schaden der Bürger der „Nordländer“. Die strukturellen Probleme der Nehmer im Süden und in Frankreich werden dadurch aber nicht nur nicht gelöst, sondern vielmehr sogar perpetuiert...

Ehe Europa nicht in Hyperinflation und Währungschaos versinkt, dürfte sich an dieser verheerenden Politik nichts ändern. Die Weichen zum Finanz- und Wirtschaftsinfarkt der Eurozone sind jedenfalls gestellt...

Andreas Tögel
a.toegel@atomed.at